

1 **Antrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Energie**  
2 **von Bündnis 90/Die Grünen**  
3 **an die Bundesdelegiertenkonferenz vom 14. bis 16. November in Erfurt**  
4 **zu: „Energiewende vorantreiben – Atomkraft stoppen“**

5  
6 AntragstellerInnen:  
7 **BAG Energie von Bündnis 90/Die Grünen**

8  
9 vertreten durch die SprecherInnen  
10 Astrid Schneider und Valerie Wilms (aus Berlin und Schleswig-Holstein)  
11 und Karl-Wilhelm Koch Delegierter BAG-Energie (aus Rheinland-Pfalz)  
12 sowie 44 weitere UnterzeichnerInnen

13  
14 **Antrag:**  
15

16  
17 **„Vollständige atomare Abrüstung und mittelfristiger**  
18 **weltweiter Ausstieg aus ziviler Nutzung der Atomkraft“**

19 ***Die BDK von Bündnis 90/Die Grünen fordert***

- 20 ***- die konsequente und beschleunigte Umsetzung der im***  
21 ***Atomwaffensperrvertrag völkerrechtlich bindend vereinbarten***  
22 ***vollkommenen Abrüstung ALLER Atomwaffen weltweit bis 2020***  
23 ***und***  
24 ***- in zwingender logischer Konsequenz den mittelfristigen***  
25 ***weltweiten Ausstieg aus der sog. „Zivilen Nutzung“ der***  
26 ***Atomkraft, verbunden mit einem neu zu schaffenden***  
27 ***internationalen Nichtverbreitungsgebot für Atomtechnik.***

28 Zu diesem Zweck müssen hierfür folgende völkerrechtlich verbindlichen Verträge  
29 geschaffen werden:

30 A) Eine völkerrechtlich verbindende Verpflichtung mit einem konkreten Datum für die  
31 vollständige Abrüstung und Vernichtung aller Kernwaffen weltweit, Verhandlungsziel  
32 sollte 2020 sein. Diese kann Teil des NVV werden, sofern alle offiziellen und  
33 inoffiziellen Kernwaffen-Staaten diesem beitreten.

34  
35 B) Eine Ergänzung des „Vertrages über die Nichtverbreitung“ von Kernwaffen –  
36 NVV“, des so genannte ‚Atomwaffensperrvertrages‘ bei den anstehenden  
37 Vertragsverhandlungen im Jahr 2010 um folgende Punkte:

- 38 - die Möglichkeit der unilateralen Erklärung von Kerntechnologiestaaten, auch  
39 die zivile Kerntechnik wegen der durch sie verursachten Gefahren nicht mehr  
40 verbreiten zu wollen;  
41 - statt ‚ziviler‘ Atomtechnologie soll ein bevorzugter Technologiezugang zu  
42 Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und intelligenten Energieverteilungs-  
43 und -speichersystemen als Ausgleich angeboten werden (dieses kann notfalls  
44 zunächst ergänzend aufgenommen werden);  
45 - die verbindliche, verpflichtende Gegenleistung der Kernwaffenstaaten, im  
46 Gegenzug bis 2020 vollständig atomar abzurüsten.

48 C) Ein mittelfristiges, weltweites Nichtverbreitungsgebot für Atomtechnik, welches ein  
49 Neubauverbot für Atomreaktoren einschließt, sowie ein weltweiter Ausstieg aus der  
50 zivilen Nutzung der Atomkraft.

51  
52 Bündnis 90/ Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass Deutschland weltweit  
53 Bündnispartner sucht, die eine solche Beschlussfassung mittragen und diese  
54 Verhandlungsziele bei den anstehenden Vertragsverhandlungen umsetzen.

55  
56 Die oben genannten Ziele sind umfassende kurz-, mittel- und langfristige friedens-  
57 und umweltpolitische Zielsetzungen. Bündnis 90/Die Grünen sind überzeugt, dass  
58 dringend und offen über die Ursachen der brandgefährlichen friedens- bzw.  
59 atompolitischen Lage im Iran und Nahen Osten sowie in Indien / Pakistan  
60 gesprochen werden muss.

61  
62 Die gegenwärtig insbesondere von Frankreich angestrebte Verbreitung der zivilen  
63 Nutzung der Atomkraft in den politisch instabilen Zonen des mittleren und nahen  
64 Ostens sowie in Afrika werden als eine akute Gefahr für den Weltfrieden eingestuft.

65  
66 Verhandlungen über den Neueinstieg in die ‚zivile Nutzung der Atomkraft‘ werden  
67 derzeit von der Atomindustrie u.a. geführt mit:

- 68 - Türkei, Polen
- 69 - Kasachstan, Aserbaidschan, Georgien, Weißrussland,
- 70 - Ägypten, Libyen, Marokko, Tunesien
- 71 - Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate
- 72 - Ghana, Namibia, Nigeria
- 73 - Thailand, Vietnam, Malaysia, Indonesien
- 74 - Australien
- 75 - Chile

76  
77 Von Frankreich und anderen wird dabei sowohl der Verkauf von Atomkraftwerken  
78 vorangetrieben, als auch die Suche nach neuen Uranvorkommen, welche im Tausch  
79 an der Teilhabe an der Atomtechnologie ausgebeutet werden können. Frankreich,  
80 welches zu 80 % von Atomstrom abhängig ist, hat 2005 die letzte französische  
81 Uranmine geschlossen und sucht nun weltweit nach neuen Vorkommen.

82  
83 **Konkrete Schritte Deutschlands zur Umsetzung eines solchen Beschlusses**  
84 **sind:**

85  
86 **Die Atomwaffen betreffend:**

87  
88 Umgehende Aufnahme von Verhandlungen zu:

- 89  
90 - der Aufnahme von multilateralen Verhandlungen der offiziellen Atomkräfte  
91 USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Indien und Pakistan sowie  
92 der inoffiziellen Atomkraft Israel mit dem Ziel der vollständigen Abrüstung  
93 und UN-kontrollierter Vernichtung der atomaren Bestände;
- 94 - der Änderung und Anpassung des NVV im Vorfeld der  
95 Vertragsstaatenkonferenz 2010 mit Ziel der Streichung des Förderziels der  
96 Atomtechnik aus dem IAEA-Statut sowie der Umsetzung der 13 Punkte der  
97 NVV-Überprüfungskonferenz aus dem Jahr 2000 durch alle Atomkräfte;
- 98 - einem Vertrag zum Stopp der Produktion von atomwaffenfähigem Material;

- 99 - der Inkraftsetzung des Atomwaffenteststoppvertrags;  
100 - einem sofortigen Abzug der Atomwaffen in Büchel, sowie anschließende  
101 Vernichtung dieser Atomwaffen und der Aufgabe der „Nukleare Teilhabe“<sup>1</sup>  
102 Deutschlands;  
103 - einer Änderung der NATO-Strategie durch einen ausdrücklichen Verzicht auf  
104 einen „atomaren Erstschlag“.  
105

#### **„Zivile Atomtechnologie“ betreffend:**

- 108 - einem kurzfristigen Verbot der Weitergabe nuklearer Technologien aus  
109 Deutschland (Wissen wie Material);  
110 - einem Verbot der Finanzierung und Kreditabsicherung von Atomgeschäften  
111 durch Staatsbanken und die öffentliche Hand;  
112 - Verhandlungen über die Nichtfinanzierung von Atomkraftwerken durch IWF  
113 und Weltbank;  
114 - Verhandlungen zur Beendigung des EURATOM-Vertrages bzw. zu dessen  
115 Umwidmung zur Förderung Erneuerbarer Energien;  
116 - der Streichung von Forschungsförderung in Deutschland (d.h. ein Ende der  
117 Verwendung deutscher Steuermittel) für Atomtechnologien, mit der  
118 Ausnahme sämtlicher Technologien und Vorhaben zu  
119
  - Abbau und Beseitigung von Atomanlagen und Atomwaffen
  - sicherem Restbetrieb von Anlagen
  - Endlagerung von Atommüll
  - Medizintechnologie
  - Materialforschung.  
124 Diese Streichung schließt von Deutschland mitfinanzierte Forschungs- und  
125 Demonstrationsbudgets innerhalb der EU und internationalen Institutionen mit  
126 ein.  
127

#### **Begründung:**

#### **Vermischung von ‚ziviler‘ und ‚militärischer‘ Nutzung der Atomtechnik:**

- 132 Seit dem Inkrafttreten des Atomwaffensperrvertrages 1970 hat sich die ‚atomare  
133 Landschaft‘ grundlegend geändert:  
134 - Die Kernwaffenstaaten rüsten nicht konsequent ab, sondern vielmehr droht  
135 eine erneute atomare Rüstungsspirale. Ein konkretes Zieldatum 2020 ist  
136 daher unerlässlich.  
137 - U.a. der Fälle des Iran und Indiens haben gezeigt, dass eine technische  
138 Trennung zwischen ziviler und militärischer Nutzung atomarer Technologie zur  
139 zum Beispiel zur Urananreicherung nicht existiert. Das atomare Wissen lässt  
140 sich nicht in militärisch und zivil einteilen, daher fordern wir eine  
141 Nichtverbreitung der Atomtechnologie selbst.  
142 - Aufgrund der universellen Einsetzbarkeit der Atomtechnologie zielt die  
143 Überwachung durch die IEAO daher auch darauf ab, herauszufinden, ob ein  
144 Staat die Atomtechnologie ggf. zu militärischen Zwecken nutzen ‚möchte‘.  
145 Dabei wird unterstellt, dass mögliche Verletzungen und vertragswidrige  
146 Nutzungen im Geheimen stattfinden. Eine Überprüfung obliegt somit  
147 Geheimdiensten – diese entziehen sich qua Natur der demokratischen

---

<sup>1</sup> Das Recht der Mitbestimmung beim Einsatz dieser Waffen durch die deutsche Regierung

- 148 Kontrolle. Ein ‚preemptive Strike‘ – vorbeugender Erstschlag – und damit  
149 Krieg und Frieden werden somit Spielball von Geheimdiensten und politischen  
150 Strategiespielen.
- 151 - Auch zivile Atomkraftwerke können durch die Verwendung von radioaktiv  
152 strahlendem Brennstoff Ausgangspunkt für den Bau schmutziger Atomwaffen  
153 sein. Der internationale Terrorismus verändert das Gefahrenpotential und den  
154 Charakter der ‚zivilen‘ Nutzung.
  - 155 - Das Atomkraftwerk selbst kann zur atomaren Gefahr werden, wenn es  
156 angegriffen wird, z.B. durch Terroristen.
  - 157 - Das Atomkraftwerk kann insbesondere durch einen Supergau wie in  
158 Tschernobyl auch bei ziviler Nutzung ungeheuerlichen Schaden vergleichbar  
159 einer Atombombenexplosion erzeugen.

### **Weltweiter Ausstieg aus der ‚zivilen‘ Nutzung der Atomtechnik,**

### **sowie insbesondere Nichtverbreitung und Nichteinstieg in die zivile Nutzung:**

165 Seit dem umfassenden Einstieg in die zivile Nutzung der Atomkraft in den 60iger  
166 Jahren des letzten Jahrhunderts haben sich bis heute wesentliche Parameter  
167 geändert, welche heute einen weltweiten Ausstieg sowie insbesondere den  
168 Nichteinstieg in die zivile Atomtechnik zur Energiegewinnung rechtfertigen:

- 170 - Die ‚besten‘ d.h. die hochkonzentrierten Uranvorkommen sind weltweit  
171 weitestgehend ‚abgebrannt‘, das heißt bereits gewonnen und benutzt worden.  
172 Daher bieten die Uranvorkommen heute gar keine Basis mehr für einen  
173 weltweiten Ausbau der Atomkraftkapazitäten
- 174 - Das weltweite technische, wirtschaftliche und sicherheitstechnische Scheitern  
175 der Atomwirtschaft am schnellen Brüter bedeutet, dass die Uranvorkommen  
176 30 mal schneller aufgebraucht werden, als in den gefährlichen Tagträumen,  
177 Selbsttäuschungen und Täuschungen der Öffentlichkeit der Atomwirtschaft  
178 und des deutschen Bundeswirtschaftsministers.
- 179 - Das spektakuläre Scheitern der kanadischen Uranmine ‚Cigar Lake‘ mit 21%  
180 Urangehalt ist für die Atomwirtschaft so, wie es für die Autofahrer wäre, wenn  
181 Saudi Arabien von heute auf morgen keinen Tropfen Öl mehr produzieren  
182 würde: der Tank ist leer!
- 183 - Insbesondere die am meisten Uran verbrauchenden Atomstaaten wie die USA  
184 verfügen kaum noch über Uranvorkommen und sind auf Importe angewiesen,  
185 Frankreich und Deutschland zu 100% ihres Verbrauches, ebenso Finnland  
186 und Japan.
- 187 - Der Uranabbau von gering konzentrierten Uranvorkommen bewirkt eine noch  
188 schlimmere Umweltverschmutzung, weil zum Teil mehr als 100 mal so viel Erz  
189 gewonnen und ‚ausgewaschen‘ / konzentriert werden muss wie früher,  
190 während die verbleibenden Uranreste höchst giftig sind wegen schwacher  
191 Radioaktivität und als Schwermetall, zudem verbraucht der Prozess viel  
192 Energie.
- 193 - Der Abbau dieser gering konzentrierten Vorräte (zwei Drittel aller Vorkommen  
194 weltweit haben eine Urankonzentration unter 0,06%<sup>2</sup>) ist weitaus weniger  
195 ‚Nettoenergie‘ produzierend, als zu den ‚besten Zeiten‘ der Atomwirtschaft.  
196 Die Gewinnung aus Phosphaten in der Regel gar nicht. Ab 0,01 % ist die

---

<sup>2</sup> Quelle: ‚Uranium Resources and Nuclear Energy‘ EWG-Series No. 1/2006 Energy Watch Group:  
[www.energywatchgroup.org](http://www.energywatchgroup.org)

- 197 Energieausbeute negativ. Uran in Meerwasser kann keinen Beitrag zur  
198 Energiegewinnung liefern.
- 199 - Ebenso wird die angeblich neutrale CO<sub>2</sub>-Bilanz ad absurdum geführt. Allein  
200 die Mineral- und Abraumtransporte diese geringst-konzentrierten Vorkommen  
201 sowie die Aufbereitung produzieren Unsummen an CO<sub>2</sub>.
- 202 - Die gegenwärtig diskutierte ‚multilaterale‘ Aufbereitung von Kernbrennstoffen  
203 für Kernkraft-Neueinsteiger im Rahmen der IEAO beruht nicht auf dem  
204 Wunsch, das Wissen um die zivile Nutzung der Atomkraft zu teilen, sondern  
205 ist als purer ‚Kolonialismus‘ angelegt: das Deutsche Außenministerium schlägt  
206 vor exterritoriale ‚black boxes‘ auf dem Gebiet der ‚Gaststaaten‘ anzulegen,  
207 welche sich unter hoheitlicher Kontrolle der IEAO befinden und über deren  
208 Technologie dem ‚Gaststaat‘ keine Kenntnis und Kontrolle gegeben werden  
209 soll. Ein solches Vorhaben kann die Umweltkontrolle und Gesetzgebung einer  
210 westlichen Demokratie nicht passieren – aber für Afrika gerade recht?<sup>3</sup>
- 211 - Es gibt weltweit keine tragfähigen Konzepte zur Endlagerung des Atommülls.  
212 Selbst in Deutschland treten seit Beginn des Endlagerbaus in Asse  
213 reihenweise wissenschaftliche Fehleinschätzungen und technische Mängel  
214 auf, die zum Scheitern dieses ersten deutschen Endlagers geführt haben. Ein  
215 Endlager ist auch in Deutschland nach rund 50 Jahren Atomkraftnutzung nicht  
216 gefunden. Dass die Lage selbst im HighTech und Wissenschaftsland  
217 Deutschland so dramatisch ist, schärft den Blick für die Probleme in anderen  
218 Staaten: in Russland und ehemaligen GUS-Staaten werden hochgiftige  
219 radioaktive Abfälle in Flusssystemen ‚verklappt‘, Atommüll wird vergraben und  
220 Blasen radioaktiv verseuchten Grundwassers treiben auf Millionenstädte zu.  
221 Diese weltweit höchst problematische Entsorgungssituation ist ein weiterer  
222 wesentlicher Grund die zivile Nutzung nicht zu verbreiten.

223  
224 **Autoren:**

225 *Astrid Schneider und Valerie Wilms, SprecherInnen der BAG-Energie von Bündnis*  
226 *90/Die Grünen (aus Berlin und Schleswig-Holstein)*

227 *Karl-Wilhelm Koch, Delegierter BAG-Energie, Sprecher der LAG Ökologie/Energie*  
228 *(aus Rheinland-Pfalz)*

229

230 **AntragstellerInnen:**

231

232 BAG Energie von Bündnis 90/Die Grünen gemäß Beschluss vom 6. September 2008  
233 in Göttingen

234

235 UnterzeichnerInnen Atomantrag

236

237 Astrid Schneider (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin)

238 Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

239 Valerie Wilms (KV Pinneberg)

240 Sylvia Kotting-Uhl (KV Karlsruhe)

241 Detlef Matthiessen (KV Rendsburg-Eckernförde)

242 Hartwig Berger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin)

243 Dieter Kaufmann (KV Frankfurt am Main)

244 Jürgen Menzel (KV Esslingen)

245 Werner Weindorf (KV München)

---

<sup>3</sup> [http://www.auswaertiges-  
amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abbruestung/Nukleares/070919MESP.html](http://www.auswaertiges-<br/>amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abbruestung/Nukleares/070919MESP.html)

246 Horst Schiermeyer, (KV Görlitz)  
247 Michael Kruse (KV-Bremen-Nordost)  
248 Ingrid Lambertus (KV Mainz, Sprecherin der LAG Ökologie, Energie, Abfall in RLP)  
249 Jan-Christoph Goldschmidt (KV Freiburg)  
250 Manfred Kasper (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Sprecher LAG-Energie Berlin)  
251 Willi Voigt (KV Kiel)  
252 Martin Köhler (KV Mittelmark-Fläming, Sprecher der LAG Bildung Brandenburg)  
253 Heinrich Lorenz (KV Nordhausen, Vorsitzender)  
254 Gudrun Müller (KV Vulkaneifel)  
255 Matthias Döring (KV Pinneberg)  
256 Prof.Dr.Uwe Gerber (KV Lörrach, Stellvertr.Sprecher der BAG ChristInnen)  
257 Ansgar Gusy (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)  
258 Ernst-Gottfried Buntrock (KV Marzahn-Hellersdorf, Berlin)  
259 Lisa Bröskamp (KV Neuwied)  
260 Martina Knappert-Hiese (KV Bodensee)  
261 Corina Genuit (KV Vulkaneifel)  
262 Pia Paust-Lassen (KV - Berlin Mitte)  
263 Marion Hasper (KV Tempelhof-Schöneberg, Berlin)  
264 Gisela Schulz (KV Kiel)  
265 Hans Schröder (KV Hamburg-Wandsbek)  
266 Richard Janus (KV Eisenach)  
267 Johannes Möstl (KV Weimar)  
268 Thomas Grabau (KV Pinneberg)  
269 Friedrich Battenberg (KV Darmstadt-Dieburg)  
270 Renate Schaefer-Baab (KV Darmstadt-Dieburg)  
271 Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau)  
272 Matthias Schneider (KV Duisburg)  
273 Christian Meyer (KV Holzminden)  
274 Samuel Raz (KV Dachau)  
275 Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin)  
276 Mike Hoffmann (KV Marzahn-Hellersdorf, Berlin)  
277 Barbara Richter (KV Hagen)  
278 Peter Meiwald (KV Ammerland)  
279 Helene Klein (KV Aachen-Land)  
280 Ansgar Klein (KV Aachen-Land)  
281 Pia Werner (KV Bad Dürkheim)  
282 Jörg Rupp (KV Karlsruhe) Delegierter BAG Ökologie, Sprecher LAG Ökologie BW,  
283 Dr. Gerd Stadermann (KV Schöneberg-Tempelhof, Berlin)  
284 Lars Andersen (KV Hamburg-Altona)